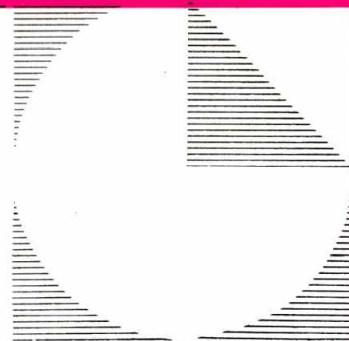


LAG

5/88

LANDESARBEITSGEMEINSCHAFT
SOZIALE BRENNPUNKTE HESSEN



Frauen im Blickfeld

INHALT

Liebe Leserinnen und Leser,

"Frauen im Blickfeld" heißt dieses Heft. Damit ist gemeint, daß Frauen aus Sozialen Brennpunkten immer mehr auch außerhalb ihrer Wohngebiete aktiv werden und Anerkennung finden. Von zwei hervorragenden Beispielen wird in diesem Heft berichtet: von der Teilnahme der BSF-Frauengruppe am Tribunal "Frauen und Armut" in Brüssel und von der Preisverleihung an die Offenbacher Frauengruppe aus dem Eschig.

Das Titelbild zeigt die Frauen aus dem ZfF, dem Zentrum für Frauenkooperativen. Das ZfF scheidet zum Jahresende aus der Obhut der LAG aus, nachdem seine Zeit als Modellprojekt abgelaufen ist. Es wird in Gießen vom Zentrum für Arbeit und Umwelt (ZAUG) übernommen und so weiterarbeiten wie bisher. Ich bin mir sicher, daß die ZfF-Frauen nicht ganz aus dem Blickfeld der LAG verschwinden werden.

Ich wünsche Euch schöne Festtage und alles Gute zum neuen Jahr

Christoph Rüsçh

FRAUEN

- BSF-Frauen beim Europäischen Tribunal "Frauen und Armut" in Brüssel .. S. 3
Eschig-Frauen bekommen Preis der Stadt Offenbach S. 5

SIEDLUNGEN UND PROJEKTE

- Grüner Weg in Friedberg: Es geht nicht vor und zurück! S. 7
Frauensteiner Straße in Wiesbaden: Die Häuser sind saniert - ein Grund zum Feiern S. 9
Offenbach: Alles klar mit dem Lämmerspieler Weg! S. 11
Darmstädter Sozialhilfegruppen: Gespräch mit dem Sozialamt S. 12

TAGUNGEN

- Mitgliederversammlung der LAG am 15. Oktober 1988 in Limburg S. 13
Bildungsurlaub für SozialhilfeempfängerInnen mit einem 'HzA'-Arbeitsplatz S. 15

DISKUSSION

- Sozialarbeit als Männersache? S. 17

SPIEL- UND LERNSTUBEN

- Konzeption der Arbeit mit Kindern in der BSF
Zweiter Teil: Die Arbeit mit Schulkindern S. 19

- ARBEITSGRUPPEN S. 22

- KURZNACHRICHTEN S. 25

- DIES UND DAS S. 26

BSF-Frauen beim Europäischen Tribunal "Frauen und Armut" in Brüssel

Vom 10. bis 12. November 1988 fand in Brüssel ein Europäisches Tribunal zum Thema "Frauen und Armut" statt, das vom Europäischen Netzwerk für Frauen (ENOW) organisiert wurde. Aus 13 Ländern kamen 170 Frauen nach Brüssel, die Bundesrepublik wurde von der Frauengruppe der BSF (Marburg), Heide Koradin und Monika Neumaier vertreten. Der folgende Bericht stammt aus einem Gespräch mit Marianne Braun von der BSF-Frauengruppe.

"Was bin ich nervös", habe sie zur Dolmetscherin gesagt, als sie ihren Beitrag im großen Saal des Europaparlaments vortragen sollte, erzählt Marianne Braun. Die Dolmetscherin hat sie dann getröstet, das ginge allen so, und nachdem sie nach dem dritten Satz ermahnt wurde, wegen dem Übersetzen nicht so schnell zu sprechen, sei dann alles gut gegangen. Ma-

rienne Braun hat auf dem Tribunal als westdeutsche Vertreterin berichtet, wie sie nach der Scheidung mit ihren fünf Kindern zur Sozialhilfeempfängerin geworden ist. Sie hat an ihrem Beispiel erklärt, was es heißt, in Deutschland arm zu sein. Nach ihrem Vortrag hat sie eine Abgeordnete vom Europa-Parlament spontan gelobt und gesagt, sie habe dies ganz



BSF-Frauengruppe im EG-Parlament, mit Kopfhörer damit sie auch alles verstehen

toll gemacht.

So wie Marianne Braun aus Deutschland haben aus allen Ländern der europäischen Gemeinschaft einzelne Frauen über ihr Leben als Arme berichtet. Uns ginge es noch am besten, meint Marianne Braun dazu, sie sei geschockt worden von den Berichten aus anderen Ländern. So kann man sich in Irland nicht einmal scheiden lassen, es gibt keine Verhütungsmittel und die Sozialhilfe wird nur an den Mann ausbezahlt. In Frankreich wird die Miete nicht vom Sozialamt übernommen. Die Frau aus Portugal lebt in einer einfachen Blechhütte in der Nähe von Lissabon und ihre Kinder müssen schon ab dem zehnten Lebensjahr arbeiten, damit die Familie überleben kann. Die Frau aus Italien hat nur noch einen Zahn, weil sie den Zahnarzt nicht selber bezahlen kann. Diese Frauen haben dann auch immer zu den deutschen Sozialhilfeempfängerinnen gesagt: "Was wollt ihr denn, ihr habt es doch gut!" Der tägliche Kampf einer Sozialhilfeempfängerin um warme Kleidung, Heizungskosten usw. konnte den armen Frauen aus den armen Ländern nur schwer verständlich gemacht werden.

Insgesamt war die Tagung ganz schön stressig. Es ging hin und her zwischen Arbeitsgruppen und Parlament, dazwischen gab es Pressekonferenzen und Interviews, und dann spät abends um 11 Uhr haben die BSF-Frauen noch im Frauenzentrum ihre Sozialhilfe-Modenschau vorgeführt. Leider wurden die Texte der Modenschau nur teilweise übersetzt, sodaß die Zuschauerinnen nicht alles verstehen konnten. Dennoch gab es viel Beifall für die Vorführung. Zumindest diese Zeilen konnten alle verstehen:

Wir wollen keine Euro-Butter,
so läßt Europa sich nicht baun.
Wir wollen gleiches Recht für alle
und endlich auch für uns als Frau!

Am Samstag hat dann eine kleine Beule die Gruppe noch in Brüssel festgehalten, sodaß sie erst mit Verspätung zu Hause ankamen. "Ich war fix und fertig, aber es war sehr interessant, ich habe viel erfahren über Frauen aus anderen Ländern".

chr.

Abgesehen von den großen Unterschieden zwischen den reichen und den armen Ländern gab es doch viele **Gemeinsamkeiten bei den armen Frauen in Europa:**

- Frauen sind abhängig vom Mann als Ernährer,
- geschiedene oder alleinstehende Frauen mit Kindern werden arm und müssen mit einem ganz geringen Einkommen auskommen,
- Frauen bleiben oft nur die schlechtesten Arbeitsplätze ohne ausreichende soziale Absicherung oder Heimarbeit,
- es fehlen Kindergärten und Hortplätze, sodaß Frauen auch deshalb keine Arbeit annehmen können,
- alten Frauen bleiben oft nur ganz kleine Renten,
- viele Frauen haben keine gesicherte Wohnung, kein "Zuhause".

An das Europaparlament und die zuständige EG-Kommission wurden folgende **Forderungen** erhoben:

- gleicher Lohn für alle, keine Benachteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt,
- keine Benachteiligung von Frauen im Ehe- und Familienrecht, Frauen sollen unabhängig vom Mann Sozialleistungen bekommen,
- Kinderversorgung für erwerbstätige Mütter,
- Mindesteinkommen unabhängig von Erwerbstätigkeit,
- preisgünstige Wohnungen für alleinstehende Frauen mit Kindern,
- gezielte Frauenprogramme im Rahmen des 3. EG-Armutprogramms, des EG-Sozialfonds und von EG-Beschäftigungsprogrammen,
- gezielte Untersuchungen zur Armut von Frauen in der EG.

Keine Almosen wie die EG-Butter-Verteilung!



Stadtverordnetenvorsteher Manfred Wirsing überreichte gestern nachmittag den Ferdinand-Kallab-Preis an die Frauengruppe Im Eschig. Stellvertretend für die 15 Frauen nahmen ihn Erna Aust, Käthe Bittelbrunn und Maria Issler (von links) entgegen. „Sie haben diesen Preis verdient“, hatte Wirsing betont.

Foto: Jäschke
OP

Eschig-Frauen bekommen Preis der Stadt Offenbach

Das war ein großer Tag für die Frauen aus dem Eschig, aber auch für alle Frauen aus den Brennpunkten. Zum ersten Mal bekam eine Frauengruppe aus einem Sozialen Brennpunkt einen städtischen Preis, damit wurde zum ersten Mal die Arbeit einer Frauengruppe öffentlich geehrt.

Am 24. November 1988 wurde der Eschig-Frauengruppe zu Beginn der Stadtverordnetenversammlung der **Ferdinand-Kallab-Preis der Stadt Offenbach** vom Stadtverordnetenvorsteher überreicht und der große soziale Einsatz der Gruppe gewürdigt. Für die Frauen bedankte sich Erna

Aust und nahm den Preis zusammen mit Käthe Bittelbrunn und Maria Issler entgegen. Und dann kamen alle fünfzehn Frauen nach vorne und erhielten einen großen Blumenstrauß. Das war ein schönes Bild, die vielen Frauen inmitten der Stadtverordneten.

Nach der Preisverleihung ging es dann in den Eschig, wo im Gemeinschaftszentrum ein festliches Buffet auf die Frauen wartete. Es gab viele Glückwünsche von der Spiel- und Lernstube und vom Jugendclub, von der Frauenbeauftragten der Stadt Offenbach, von den GRÜNEN, vom Leiter des Sozialdienstes, von den Gewerkschaft-



Die Frauengruppe im Rathaus

ten und einer früheren Preisträgerin. Die beiden Pfarrer überraschten die Eschig-Frauen mit einer Einladung zu einem Essen.

Aus Offenbach war die Frauen- und die Mädchengruppe vom Lämmerspieler Weg mit einer großen Truppe da. Schade, daß von den anderen Frauengruppen im Lande nur eine Abordnung von der Rodgaustraße aus Darmstadt und Irma Karb da wa-

ren.

Dieser Preis ist für die Frauengruppe ein weiterer großer Schritt aus dem Ghetto. So sagt Erna Aust, daß für sie die öffentliche Anerkennung das schönste sei, wichtiger als der Scheck von DM 2000,-. Den kann die Gruppe natürlich auch brauchen, vielleicht für die Reise im nächsten Jahr.

chr.

Für die LAG überbrachte im Namen des Vorstandes Bernhard Horch die Glückwünsche:

Liebe , normalerweise heißt es nun verehrte, aber aus Anlaß des heutigen Tages geehrte Frauengruppe und Freunde des Eschig!

Die Stadt Offenbach hat heute der Frauengruppe Eschig den Ferdinand-Kallab-Preis verliehen, um damit Eure Arbeit für den Eschig zu würdigen.

Als Vertreter der LAG Soziale Brennpunkte weiß ich sehr wohl, wie wichtig Euch diese Auszeichnung als Anerkennung ist, aber auch daß Ihr Euch damit keinesfalls zur Ruhe begibt, sondern Euer Engagement eher noch verstärkt wird.

Von Anfang an ward Ihr in der LAG dabei, und Ihr ward nicht nur für diesen Stadtteil tätig, nein Euer Wirken ging über Offenbach hinaus und wurde auch auf Hessenebene deutlich. Unter anderem durch die tatkräftige Mitarbeit in der LAG, wie z.B. die Teilnahme an den Frauen- und Zentraltagungen, Mitgliederversammlungen, der AG Sozialhilfe und bei den Öffentlichkeitsaktionen 1979 in Bonn und 1986 in Wiesbaden.

In der letzten Zeit habt Ihr Euch etwas rar gemacht, sicher bedingt durch die derzeitige aktuelle Lage vor Ort und der zu bewältigenden Arbeit. Aber ich kann Euch versichern, daß Eure konstruktiv-kritische Stimme wei-

terhin gebraucht wird und würde es begrüßen, Euch bald wieder versehen mit den notwendigen Gewürzen bei der LAG anzutreffen.

Wenn man die Arbeit seit 1973 Revue passieren läßt, so stellt man fest, daß diese engagierten Frauen als Motor zusammen mit anderen Bewohnern ihre Siedlung wohnlich und vor allem auch warm gemacht haben. Auch die Entwicklung der Freizeit und der schulischen Möglichkeiten war immer ein erfolgreiches Anliegen. Die Sanierung des Eschig ist hier ebenso als Erfolg zu nennen wie das Mehrzweckgebäude, das nach langer Überzeugungsarbeit entstand. Und all diese Arbeit erfolgte durch eindeutige Selbstorganisation der Frauen in ehrenamtlicher Weise, mit minimalen Finanzmitteln und ohne die Hilfe einer eigenen Sozialarbeiterin in der Gruppe. Man kann also feststellen, daß der heute verliehene Preis ein Anerkennen dieser vorbildlichen Hilfe zur Selbsthilfe ist und auch weiterhin anspornt, auf diesem Kurs weiterzumachen und auch immer wieder bei neuen Anläßen die Stimme zu erheben und zu kämpfen.

In diesem Sinn spreche ich namens der Mitglieder, des Vorstandes und aller Mitarbeiter der Landesarbeitsgemeinschaft die Glückwünsche zu der heutigen Ehrung aus und wünsche Euch für die Zukunft sowohl für jeden persönlich als auch für die Arbeit weiterhin viel Erfolg und vor allem die notwendige Kraft dazu!

Grüner Weg in Friedberg: Es geht nicht vor und zurück!

Dem alten Backsteinbau am Grünen Weg in Friedberg sieht man von außen die Notunterkunft erst an, wenn man zweimal hinsieht. Sie besteht aus einem Eckbau, der einen großen Vorplatz mit vier Kastanien abschließt, wo man im Sommer sicher schön draußen sitzen kann. Es ist eine alte Reiterkaserne. Hier wurden in der Zeit nach dem Krieg bis zu 700 Personen untergebracht. In den letzten Jahren wurde die Belegung abgebaut: viele Familien sind ausgezogen und keine neuen Familien mit Kindern sind eingewiesen worden, sodaß heute nur noch etwa 70 Personen da wohnen.

Den Einweisungsstopp für Familien mit Kindern hat die Stadt Friedberg beschlossen, weil der Zustand der Wohnungen niemandem mehr zuzumuten ist. Die Wohnungen sind schlecht gegen Kälte geschützt, viele Fenster sind alt und undicht, es gibt Feuchtigkeit und Schimmel und die Räume sind so hoch, daß sie kaum warm werden mit der Ofenheizung. Luise Mörschel vom Grünen Weg erklärt dazu, daß sie zweimal im Jahr für DM 600.- Holz kaufen muß, um zu heizen. Bäder gibt es keine, und die meisten Wohnungen haben keine eigene Toilette.



Die alte Reiterkaserne am Grünen Weg, vorne die Fahnenstange der Jugendlichen.

Die Stadt Friedberg möchte die Wohnungen sanieren. Im letzten Jahr hat sie dafür Zuschüsse beim Land beantragt. Nachdem Vertreter vom Hessischen Innenministerium im vergangenen Dezember die alte Kaserne besichtigt hatten, haben diese schnell abgewunken, eine Sanierung käme für sie nicht in Frage, denn erstens lohne es sich nicht, weil die Kaserne in so schlechtem Zustand wäre, und zweites käme ein Neubau an der gleichen Stelle nicht in Frage, weil dieser Standort für ein Wohnhaus ungeeignet wäre.

Das stimmt: zum schlechten Zustand der Wohnungen kommt eine schlechte Wohnlage. Die alte Kaserne liegt am Stadtrand von Friedberg umgeben von Polizei- und US-Kasernen und von Industrie- und Gewerbebetrieben. Der Grüne Weg ist längst kein Weg mehr, in Friedberg wird er die Panzerstraße genannt, weil die Amerikaner darauf ihre regelmäßigen Ausfahrten mit ihren lärmenden Ungetümen machen.

Dennoch die Stadt möchte weiterhin Wohnraum für Obdachlose am Grünen Weg zur Verfügung haben. Sie kann sich dabei auch auf die Mehrheit der übrig gebliebenen Bewohner beziehen, die nicht ausziehen wollen, wie Ernst Brünner berichtet. Als Sozialarbeiter vom Diakonischen Werk unterstützt er die BewohnerInnen vom Grünen Weg.

Ein Besuch am Grünen Weg zeigte, daß die Gründe sehr unterschiedlich sind. Alleinstehenden Männern gefällt es in der Kaserne, weil es da billig ist, und man sich ungestört bewegen kann. Luise Mörschel will nicht mehr weg, weil sie jetzt 40 Jahre da wohnt und sich in ihrem Alter nicht mehr woanders einleben will. Andere Familien wollen bleiben, weil sie am Grünen Weg eine Oma oder eine andere hilfsbedürftige Person mitversorgen können und woanders keinen entsprechenden Wohnraum finden würden. Anders wiederum Frau Mönch, sie würde liebend gerne ausziehen. Nur sie braucht eine Wohnung mit einem größeren Garten, wie sie ihn hinter dem

Haus zur Verfügung hat. Voll Stolz zeigt sie, was ihr Mann in jahrelanger Arbeit da alles aufgebaut hat: Werkstatt- und Sitzräume, ein richtiges Gewächshaus und dazu noch ein überdachtes Schwimmbad. Frau Quillmann möchte auch weg vom Grünen Weg mit ihren Kindern, so schnell wie möglich, wie sie sagt.

In Selbsthilfe haben Bewohner die Wiese neben dem Haus bepflanzt. Von der Stadt haben sie 32 Rohrstücke bekommen, damit sie die Autos von der Wiese fernhalten können. Nur zum Eingraben dieser Teile will die Stadt nicht ihren Spezialbohrer ausleihen, und die Bewohner sehen nicht ein, weshalb sie mühsam von Hand die Löcher graben sollen. So dienen diese Markierrohre vorerst als Gerüst für eine Fahnenstange.

Und wie soll es weitergehen? Die Stadt sagt, solange sie noch keinen schriftlichen Bescheid vom Land Hessen habe, könne sie nicht weiter tätig werden, wie Ernst Brünner berichtet. So werden die BewohnerInnen erstmal weiter in den miserablen Verhältnissen wohnen bleiben müssen.

Die Situation in Friedberg ist ein Beispiel für eine halbherzige Obdachlosenpolitik einer Stadt. Einerseits wird eine Siedlung ausgedünnt, weil die Wohnsituation nicht mehr zumutbar ist, andererseits will die Stadt aber doch einen Teil der Wohnungen für Obdachlose behalten. Die Folge ist, daß diejenigen übrig bleiben, die nicht mehr so beweglich sind. Das alte Siedlungsleben wird zerstört. Luise Mörschel berichtet, wie früher, als sie noch mehr waren, ein Zusammenhalt da war und viel zusammen gemacht wurde wie in anderen Projekten der LAG. Heute gäbe es das alles nicht mehr und es herrsche viel Mißgunst untereinander.

Was in Friedberg fehlt, sind Überlegungen, wie insgesamt mit Obdachlosigkeit umgegangen werden soll. Diese Diskussion möchte Ernst Brünner in Gang bringen. Denn nur so glaubt er die festgefahrene Lage am Grünen Weg verändern zu können.

chr.

Fraensteiner Straße in Wiesbaden: Die Häuser sind saniert - ein Grund zum Feiern!

Vorbei sind die Zeiten, wo die Wohnungen an der Fraensteiner Straße Baustellen waren, wo es wochenlang kein Wasser gab und wo es im obersten Stock bemerkbar war, wenn im Erdgeschoß jemand auf dem Klo zu Gange war. Selbst Herbert Zenkert, der es doch sehr genau nimmt, sieht nur noch Kleinigkeiten, die noch nicht in Ordnung sind wie die Anschlüsse der Fernsehantenne und die Einstellung der Heizung.

So konnte am 3. Dezember 1988 der Abschluß der Sanierungsarbeiten gefeiert werden. Es kamen Vertreter der Stadt, der Wohnungsbaugesellschaft, der Bauleitung und natürlich die BewohnerInnen.

Als erstes stach der Wiesbadener Oberbürgermeister Exner das von der Wohnungsbaugesellschaft gestiftete Faß Bier an. In den Grußworten lobten alle Beteiligten die hervorragende Zusammenarbeit zwischen den BewohnerInnen und der Bauleitung, ohne die die Sanierung niemals so schnell und planmäßig zu Ende gebracht worden wäre.

Als Dank für seinen Einsatz für die BewohnerInnen überreichte überreichte Hanne Zenkert Herrn Gemricher von der Wohnungsbaugesellschaft ein Fotoalbum über die Sanierung. Dann bekam der Oberbürgermeister von Hanne Zenkert im Namen der BewohnerInnen eine Urkunde, worin sie sich für die Sanierung bedanken und gleichzeitig den OB daran erinnern, daß jetzt noch die Außenanlagen hergerichtet werden müssen. Über die Gestaltung des Wohnumfeldes haben sich die BewohnerInnen schon erste Gedanken gemacht.

Auf der Feier sagte der Oberbürgermeister zu, daß die Stadt auch dazu ihren Beitrag leisten werde.

Dann ging es zum gemütlichen Teil, zum vorzüglichen von der Frauengruppe organisierten Buffet. Star des Abends war übrigens Fabienne, Lothar Stocks 11 Monate alte Tochter, die, kaum war der Oberbürgermeister im Haus, schon stolz auf dessen Arm saß.

chr.



Hanne Zenkert überreicht OB Exner die Urkunde der Bewohner



Karl Riel und die Frauengruppe, vorne rechts Marlies Engel, die gleich im Namen der BewohnerInnen folgende Rede hält:

Zum Thema Sanierung will ich kurz berichten,
es hört sich zwar a wie e Horrorgeschichte.
Doch was ich erzähl, is wirklich passiert,
drum hotes mit de Sanierung ach wirklich pressiert.
Bei uns war es üblich nebem Thron,
hatte mer gleich es Telefon,
denn me mußst jo gleich beim dricke,
en Hilferuf zum Witthof schicke,
damit der sich hot Leut genomme,
sonst wärn unser Männer uff die Arbeit geschwomme.
Im Bett do brauchte me en Scherm,
des is wirklich wohn ihr Herrn.
Denn hots drauße mo genieselt,
kam me sich vor, als hätte me ins Bett gepieselt.
Und ständig war es bitter kalt,
mehot gedacht, me schloft im Wald.
Und so kam's wie's komme mußst,
die Leut hier hatte nur noch Fruust.
Denn so ging es nicht mehr weiter,
me suchte Rat bei de Sozialarbeiter(inne).
Me hun gefluht, geschennt un se so weit getribbe,

bisse uns Briefe an de Magistrat geschribbe.
Und so ging's vorwärts, des war e Fresse,
me gabe dann alles ab an die Presse.
Doch immer hieß es, das ist ein weites Feld,
was wollt ihr denn Leut, mir habbe ka Geld.
Doch plötzlich noch Johnn, unser Nerve wann fast
uffgeribbe,
huns es Geld dann uffgetribbe.
Un dann ging's wirklich Schlag auf Schlag,
gehämmert gehobelt Tag für Tag,
Wände abgerisse, neue gestellt,
ihr Leut es geht vorwärts, was kostet die Welt?
Nun leiern me Richtfest, inne is alles geschafft.
Doch was passiert drauße, des hab ich noch net
gerafft?
Mer habbe ka Spielplätz un niergens wo Bänke,
ge Herr Exner, des misse se noch Lenke!
Sie hun doch meistens Geld wie Heu,
drum mache se ach unser Zentrum neu.
Des brauche me nämlich wirklich noch lang,
dann werd's uns um unser Kinner nit bang!

Offenbach: Alles klar mit dem Lämmerspieler Weg!

Auf der Bewohnerversammlung am 1. Dezember 1988 brauchten keine großen Probleme mehr gewälzt zu werden. An den Wänden hingen schon die Pläne für die neuen Wohnungen und die BewohnerInnen konnten schon erste Überlegungen anstellen, wo es ihnen wohl am besten gefallen würde.

Denn es steht endgültig fest, daß alle Häuser, sowohl die von der Wohnungsbaugesellschaft als auch die vom Liegenschaftsamt, wegen dem S-Bahn-Bau abgerissen werden. Die Finanzierung der Neubauwohnungen an verschiedenen Standorten in Offenbach ist mit der Zusage des Landes gesichert. Bereits in anderthalb Jahren sollen die neuen Wohnungen bezugsfertig sein.

Wenn man bedenkt, daß noch vor einem Jahr keiner wußte, ob und wieviel abgerissen wird, dann hat sich in der Zwischenzeit eine Menge getan. Entscheidenden Anteil daran haben die BewohnerInnen, die sich gleich nach Bekanntgabe der S-Bahnpläne zusammengeschlossen und eine Bewohnervertretung gewählt haben.

So konnten sie verhindern "zwischen die Geleise" zu geraten. Der Bewohnerrat hatte viel Arbeit. Dies kann man aus dem Rechenschaftsbericht ersehen, den er zur Bewohnerversammlung vorlegte. Um die Arbeit besser zu bewältigen hatte er sich verstärkt. So sind jetzt neben Hans Garbade, Gerd Michel, Pietro Avello und Monika Seelmann auch Frau Enders und Herr Teichmüller mit dabei.

Folgende Punkte konnte der Bewohnerrat bis heute durchsetzen:

1. Alle Häuser am Lämmerspieler Weg werden abgerissen.
2. Für alle BewohnerInnen werden neue Wohnungen gebaut.
3. Bei der Verteilung der neuen Wohnungen entscheiden die BewohnerInnen/der Bewohnerrat mit.

4. Umzugskosten und eventuelle Abstandszahlungen werden übernommen.
5. Der Bewohnerrat erhält monatlich DM 300,- und Büromaterial von der Wohnungsbaugesellschaft.

Ab nächster Woche führt der Bewohnerrat regelmäßige Sprechstunden durch, um mit den BewohnerInnen die Wohnungsverteilung zu regeln.

Auf der Bewohnerversammlung brauchte nicht mehr viel diskutiert zu werden. Es wurde nachgefragt, ob die neuen Häuser auch Kabelanschluß hätten, oder was mit dem Sozialarbeiter Bernhard Feig passiert, wenn auch sein Arbeitsplatz am Lämmerspieler Weg "abgerissen" wird ...

Ganz verschenkt wird auch in Offenbach nichts: die neue Miete wird DM 6,-/m² betragen, damit wird sie für die Mieter der Liegenschaftshäuser fast doppelt so teuer wie bisher. Bei geringem Einkommen oder mehreren Kindern kann sie jedoch



Mitte Baustadtrat Kaib, rechts daneben Monika Seelmann und der Bewohnerrat

auf DM 4,50 reduziert werden, erläuterte Herr Mänche von der Wohnungsbaugesellschaft.

Stadtrat Kaib bedankte sich ausdrücklich bei den Bewohnern für die faire Zusammenarbeit, auch wenn es nicht immer einfach gewesen sei, aber ohne den Einsatz der BewohnerInnen wären wir heute nicht da, wo wir sind.

Bei diesen Zukunftsaussichten könnte manch ein Brennpunkt neidisch werden und auf eine S-Bahn hoffen... Auch Käthe Bittelbrunn vom benachbarten Eschig hörte sich diese Entwicklung mit gemischten Gefühlen an, verständlich, wenn man bedenkt, wie lange der Eschig warten mußte, und wie schnell das hier geht.

chr.

Darmstädter Sozialhilfegruppen: Gespräch mit dem Sozialamt

Ende November hatten wir, die Darmstädter Sozialhilfegruppen aus Kranichstein und Arheilgen, ein zweites Gespräch mit Vertretern des Darmstädter Sozialamtes.

Wir hatten das Gespräch in der Weise vorbereitet, daß wir die für uns wichtigen Themen überlegten und als Liste ans Sozialamt schickten, das uns um Vorschläge gebeten hatte. Auf dieser Liste standen unter anderem die Frage nach Übernahme von Energiekosten, die Höhe der Kleidergeldpauschale für Kinder, die Frage, ob Erziehungsgeld, wenn dieses angespart wird, als Vermögen angerechnet wird, und, auch die heikle Frage, wann Kondome vom Sozialamt bezahlt werden (im Hinblick auf Aids).

Wir waren zu zwölf anwesend. Dazu kamen vom Sozialamt Darmstadt der Leiter, Herr Lode und der Stellvertreter, Herr Schwab. Das Gespräch fand in unserem Treffpunkt, im Gemeindezentrum der katholischen Kirche statt, so daß unsere Kinder auch Platz zum Spielen hatten.

Die **Ergebnisse des Gespräches** waren:

Energiekosten: Nachzahlungen von Strom werden vom Amt auf Antrag nach Prüfung des Bedarfs im Einzelfall übernommen, können aber nicht zur

grundsätzlichen Erhöhung der Energiekostenzahlung führen, da dies eine unerlaubte indirekte Erhöhung des Regelsatzes wäre.

Kleidergeldpauschale für Kinder: Das Sozialamt überlegt, die Tragezeiten für Kinderbekleidung zu verkürzen, bzw. den Magistrat zu bewegen, die Pauschale spätestens ab 1.1.1990 zu erhöhen.

Erziehungsgeld: Wenn das angesparte Erziehungsgeld die Vermögensgrenze überschreitet (für den Haushaltsvorstand DM 2.500,-, für den Ehegatten DM 1.200,- und DM 500,- für jedes weitere Familienmitglied), dann wird es als Einkommen auf die Sozialhilfe angerechnet.

Kondome: Kondome werden nur im Rahmen der Familienhilfe bezuschußt und nicht als Schutz vor Aids.

Das Gespräch fand in angenehmer Atmosphäre statt und dauerte knapp zweieinhalb Stunden. Am Ende kamen wir überein, daß wir uns weiterhin zweimal im Jahr treffen.

Wenn Ihr mehr wissen möchtet, auch über die anderen Themen des Gesprächs, dann wendet Euch bitte an uns.

Eure Arheilger und Kranichsteiner

Mitgliederversammlung der LAG am 15. Oktober 1988 in Limburg

Da für die Herbstmitgliederversammlung (MV) nur ein Tag gebraucht wurde, konnte nach langer Zeit wieder einmal eine MV in einem Projekt durchgeführt werden. Als Gastgeber hatte sich die Projektgruppe Am Finken/Amselweg in Limburg angeboten. Mit viel Liebe hatten sie den großen Raum der Spiel- und Lernstube zu einem Tagungsraum hergerichtet, und die Frauengruppe sorgte für eine ausgezeichnete Verpflegung während der MV. Es ist schon ein Unterschied, ob man sich in irgendeiner Tagungsstätte trifft oder in den belebten Räumen eines Projekts.

Etwa 80 Personen kamen zur MV. 16 von 23 Mitgliedsprojekten waren da und dazu noch viele andere Projekte, die mit der LAG zusammenarbeiten.

Zu Beginn der MV ging es um zwei Anträge auf Neuaufnahme als Mitglieder in der LAG.

Der von der Spiel- und Lernstube 'Die Stube' aus Idstein gestellte Antrag für den Sozialen Brennpunkt Am Weißen Stein wurde auf die nächste MV vertagt, weil die geforderten Bewohnerunterschriften fehlten.

Einstimmig aufgenommen wurde der Schuldner- und Verbraucherschutz Kassel e.V. (SVS). Der SVS betreibt eine Schuldner-Beratungsstelle in der Kasseler Nordstadt. Dies ist ein großer Stadtteil mit etwa 100.000 Einwohnern, mit einem hohen Anteil an Arbeitslosen, vielen Sozialhilfeempfängern und Ausländern. Der SVS ist ein Verein mit etwa 50 Mitgliedern, davon sind über die Hälfte betroffene Bewohner aus der Nordstadt. Er arbeitet gemeinwesenorientiert, d.h. neben der Schuldnerberatung arbeitet er zusammen mit anderen Einrichtungen an einer allgemeinen Verbesserung der Lebensbedingungen im Stadtteil. Zum Schuldenproblem macht der SVS auch vorbeugende Aufklärung, weiter gibt es auch Gruppenarbeit mit dem Ziel

der Selbsthilfe.

Die Diskussion um den Antrag machte deutlich, daß die Kasseler Nordstadt sich nicht mit einem typischen Sozialen Brennpunkt vergleichen läßt. Es wurde hervorgehoben, daß wir es hier mit anderen Brennpunktformen und neuen Zugangswegen zu tun haben, was für die LAG eine Bereicherung ist. Der SVS möchte in der LAG das Verschuldungsproblem verstärkt zum Thema machen.

Von den Regionalversammlungen berichtete Lothar Stock. Während bei den Treffen der Region Mitte in Marburg und der Region Süd-West in Rüsselsheim die Beteiligung rege war, kamen von der Region Süd nur eine Handvoll SozialarbeiterInnen nach Frankfurt-Preungesheim.

Bei der Bewertung der Regionalversammlungen



MV-Pause Am Finken, vorne rechts Vorstand Rudi Andrä, gerade 65 geworden

in der MV betonten die BewohnerInnen, daß diese in der bestehenden Form erhalten werden sollten, denn es gäbe sonst keine vergleichbaren Treffen, wo einzelne Projekte und BewohnerInnen sich austauschen und ihre Erfahrungen mitteilen können.

Im Mittelpunkt der MV stand der **Bericht des ersten Vorsitzenden Hartmut Fritz.**

Dieser Bericht kann im Protokoll der MV nachgelesen werden. Im folgenden greife ich nur ein paar Punkte heraus.

Hartmut Fritz lobte die Zusammenarbeit zwischen BewohnerInnen und SozialarbeiterInnen. Das Gewicht der BewohnerInnen werde immer stärker, ja manchmal sähe es fast so aus, wie wenn die SozialarbeiterInnen auf dem Rückzug wären und die BewohnerInnen nur noch zu den Veranstaltungen fahren würden.

Im Zusammenhang mit der Geschäftsstelle berichtete Fritz, daß von Vorstand und Mitarbeitern zur Zeit an einer Geschäftsordnung für die LAG gearbeitet werde, um die Aufgabenverteilung der einzelnen Ebenen noch besser zu ordnen.

Bei der **Finanzsituation der LAG** sagte Fritz, daß er kaum Möglichkeiten sieht die derzeitige ABM-Stelle von Christoph Rüschi - wie in einem Beschluß der letzten MV gefordert - weiterzuführen. Bis heute seien keine Mittel zur Finanzierung einer zusätzlichen Stelle, wie es das Arbeitsamt fordert, gefunden worden.

Bei den Arbeitsschwerpunkten hob Hartmut Fritz hervor, daß die **zunehmende Wohnungsnot** Sorge bereite. Es bestehe die große Gefahr, daß wieder Menschen in neu bereitgestellte Notunterkünfte abgeschoben werden, während die alten gleichzeitig saniert werden. Es gehe nicht an, daß nur für eine Gruppe, die Spätaussiedler, Wohnraum geschaffen wird, und alle andern müßten sehen, wo sie bleiben.

Passend dazu wurde aus Darmstadt und Rüsselsheim von Bestrebungen berichtet wieder Sonderhäuser für Obdachlose einzurichten.

In der **Aussprache zum Bericht des Vorstandes** mußte dieser von Seiten der Spiel- und Lernstuben Kritik einstecken, weil er noch nichts ge-

tan hat zur Umsetzung des MV-Beschlusses zur besseren Vertretung der Spiel- und Lernstuben in der LAG. Diese Rüge nahm der Vorstand an und bot den Spiel- und Lernstuben ein Gespräch zur Klärung der Situation an. Die MV setzte dem Vorstand eine Frist bis Ende Januar. Bis dann soll er einen Vorschlag zur Vertretung der Spiel- und Lernstuben in der LAG vorlegen.

Weiter in der Tagesordnung ging es um die **Frauen- und Mädchenarbeit in der LAG.**

Das Zentrum für Frauenkooperativen (ZfF) endet am 31.12.1988 als Modellprojekt der LAG und soll dann in eine örtliche Trägerschaft in Gießen übergehen. Darüber wird zur Zeit noch verhandelt. Eine Auswertung der Erfahrungen der Arbeit wird im Frühjahr vorliegen. Hartmut Fritz meinte zum ZfF, die Begleitung des Projekts habe Spaß gemacht, aber ab und zu auch Nerven gekostet.

Es wurde angemerkt, eine Voraussetzung für Frauenarbeitsprojekte sei die Kinderbetreuung während der Arbeitszeit und dies müsse bei den Öffnungszeiten der Spiel- und Lernstuben berücksichtigt werden.

Das gleiche gelte auch für eintägige Mitgliederversammlungen, auch hier müsse zumindest für Notfälle eine Kinderbetreuung eingerichtet werden.

Für die von der MV schon seit langem geforderte Einrichtung einer Stelle für eine **Mädchenbildungsreferentin** soll bis zur nächsten MV abgeklärt werden, wie und wo diese am besten in der LAG eingebunden werden kann.

Die Diskussion über die Kommunalwahlen und die Chancen, die diese für die Arbeit der Projekte eröffnen, wurde aus Zeitmangel auf eine Sonderveranstaltung am 8. Dezember 1988 vertagt.

Zum Abschluß der MV verabschiedete sich der Vorstand von den Mitarbeiterinnen des ZfF. Er bedankte sich für ihr großes Engagement und die vielen Ideen und Erfahrungen, die sie ermöglicht hatten. Weiterer Dank ging an die Limburger Projektgruppe, die ein hervorragender Gastgeber war.

chr.



von links Harald, Anni, Walter, Amy und Thomas

Bildungsurlaub für SozialhilfeempfängerInnen mit einem 'HzA'-Arbeitsplatz

Vom 31. Oktober bis zum 4. November 1988 führten Michael Palkovich und Christoph Rüsç von der LAG einen Bildungsurlaub für SozialhilfeempfängerInnen aus Offenbach durch, die einen 'Hilfe-zur-Arbeit'-Arbeitsplatz oder abgekürzt einen HzA-Arbeitsplatz haben. Diese werden nach § 19 BSHG finanziert mit dem Ziel, arbeitslosen SozialhilfeempfängerInnen einen Wiedereinstieg ins Arbeitsleben zu ermöglichen und diese von Sozialhilfe unabhängig zu machen. Solche Arbeitsplätze werden bei freien Trägern oder bei der Stadt (z.B. in der Altenpflege oder beim Sport- und Badeamt) eingerichtet, sie sind befristet, in der Regel auf ein Jahr, aber tarifvertraglich abgesichert und sozialversichert.

Ziel des Bildungsurlaubes war, die Erfahrungen der Einzelnen herauszuarbeiten und mit ihnen Möglichkeiten für die Zukunft zu überlegen.

Von den TeilnehmerInnen berichtet Ingrid Hensel über die fünf Tage in Dorfweil:

Ich finde die Idee einen Bildungsurlaub für das HzA-Projekt durchzuführen sehr gut, kann es nur befürworten und weitergeben.

Es gibt eine Möglichkeit, die Sorgen und Ängste der einzelnen Teilnehmer vom HzA-Projekt kennen zu lernen. Die Sorge, wie es danach weiter geht, hat jeder von uns. Die Möglichkeit, über die Erfahrungen zu sprechen, die man in dieser Zeit erlebt hat, bringt bei einer regen Teilnahme viele neue Erkenntnisse. Jeder von uns

ist auf unterschiedliche Weise über das HzA-Projekt zu einer Beschäftigung gekommen, von der er vorher nichts wußte, und fragte sich, ob das etwas für ihn sei. Der Bildungsurlaub gibt die Möglichkeit durch Gespräche vielleicht eine Umschulung in Angriff zu nehmen.

Erster Tag

10 Uhr ist gemeinsame Abfahrt vom Rathaus Offenbach, um 11 Uhr sind wir in Dorfweil.

Die Zimmer werden verteilt, da gibt es eine angenehme Überraschung: Einzelzimmer. Dann gibt es eine kurze Information über den Verlauf der kommenden fünf Tage.

Nach dem Mittagessen geht es los. Wir stellen uns in "Zweiergruppen" gegenseitig vor. Wir erleben jetzt persönliche Schicksale. Endlich kommt der Kaffee. Der Kopf ist wieder klar, es kann weitergehen. Wir sprechen nun im großen Kreis über unsere Erfahrungen.

Nach dem Abendessen gibt es noch ein gemütliches Beisammensein.

Zweiter Tag

Wir machen weiter. So langsam kommt Kontakt auf, das Interesse ist geweckt. Um die Sache deutlich zu gestalten beginnt nun das Rollenspiel. Die Erfahrung mit den Behörden wird nun ganz klar, diese Information hatte ich noch nicht, darüber bin ich auch sehr froh.

Nach dem Mittagessen gibt es einen Filmvortrag über veränderte Arbeitsplätze. Wir sprechen über diesen Film und neue Technologien und überlegen, welche Arbeitsplätze es in Offenbach noch gibt und welche Berufe noch gebraucht werden. Nach der Kaffeepause haben wir Zeit, alles zu verarbeiten.

Dritter Tag

Wir machen eine Betriebsbesichtigung bei der Firma Hadeka. Am Nachmittag ist Herr Kümmel vom Arbeitsamt angesagt, er bringt noch Herrn Hauschild mit.

Diese Möglichkeit lassen wir uns auf keinen Fall entgehen, es konnte sogar das Problem einer Teilnehmerin gelöst werden.

Vierter Tag

Wir versuchen nun unsere Erfahrungen von diesen Tagen zu sammeln. Es kommt zu einer harten Diskussion und es droht eine "Auseinandersetzung", die noch einmal gut ausgeht.

Auch diese Erfahrung mit fremden Menschen fünf Tage zusammen zu sein ist ein Erlebnis.

Der gemütliche Teil am Abend hat alles wieder ausgeglichen und es herrscht wieder Harmonie.

Fünfter Tag

Wir schreiben unsere eigenen Erfahrungen auf und tragen sie vor. Wir stellen alle fest, daß diese fünf Tage Bildungsurlaub eine ganz schöne Zeit für uns war.

Ich würde auf jeden Fall einen solchen Bildungsurlaub weiterempfehlen.

Ingrid Hensel

„Aufstellen von Containern keine Lösung für Obdachlose“

LAG: Der Bund ist bei der Beseitigung der Wohnungsnot gefordert

Von unserem Redaktionsmitglied Ralf Baumgarten

Allendorf. „Menschenunwürdig“, so bezeichnet die **Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen (LAG)** die **geplante Unterbringung eines durch drohende Zwangsräumung in Wohnungsnot geratenen Ehepaares aus Allendorf/Lumda (Kreis Gießen) in einem sogenannten Wohncontainer. Gegenüber dem Gießener Anzeiger sagten die LAG-Sprecher Fritz und Thies: „Die Bereitstellung derart beengter und für Wohnzwecke ungeeigneter Behausungen kann das Problem der Betroffenen in keiner Weise lösen“.**

Dem eingetragenen Verein, einem Zusammenschluß von Sozialarbeitern und Betroffenen, diene der Fall des Ehepaares als Beispiel für die Situation auf dem sozialen Wohnungsmarkt. „Bundesweit fehlen mehr als eine Million Wohnungen, in Hessen dürften es rund 100.000 sein“, so Thies. Der Sozialarbeiter befürchtet eine neue Dimension von Obdachlosigkeit, auf die die Sozialbehörden sich organisatorisch und personell bereits einstellen sollten. Notwendig ist seiner Ansicht nach eine Bündelung der Kompetenz

in Beratung, Wohnungssicherung und -beschaffung sowie in der wirtschaftlichen Unterstützung der in Not Geratenen.

Die Wohnungen werden, so die LAG, bei gesteigerter Nachfrage einerseits teurer vermietet, während andererseits die Toleranz der Vermieter gegenüber dem Mieter nachläßt.

Auffallend sei die Ausbreitung der „neuen Armut“ von den Großstädten auf das Land. „Plötzlich sind auch fleißige Häuslebauer betroffen, die sich so etwas nie hätten träumen lassen“. So

wohl die Kommunen als auch das Land seien mit der Beseitigung der Wohnungsnot überfordert. Für die beiden Sprecher ist klar: „Der Bund muß helfen“. Mit mindestens 20.000 Mark muß sich eine Gemeinde pro geplanter Wohnung beteiligen, ehe das Land ihr finanziell unter die Arme greift. Die LAG fordert die Landesregierung auf, umgehend ein Wohnungsbauprogramm zu finanzieren, das für alle am Markt benachteiligten Gruppen eine dauerhafte Wohnungsver-sorgung sichert. Ihrer Ansicht nach darf es keinen Sonderunterkunftsbestand für Obdachlose, Asylanten und Aussiedler geben: „Das Aufstellen von Baracken, Containern und neuen Schlicht- und Einfachstwohnungen, das vielerorts gegen Wohnungsnot erwogen wird, verursacht langfristig erhebliche soziale Probleme und Folgekosten“.

Pressekonferenz der LAG zu den Containern, Gießener Anzeiger vom 15.11.1988

Wie geht denn Sozialarbeit als Männersache?

Wir freuen uns, daß Anne Rösgen von der LAG Saar die in der LAG-Zeitung 3/88 begonnene Diskussion um die Situation von Männern in Sozialen Brennpunkten aufgenommen hat und im folgenden dazu Stellung nimmt.

Ihr habt es sicher geahnt - der Artikel ruft Widerspruch hervor! Ich folge der Reihenfolge der Vermutungen, warum Männer so schwer anzusprechen sind.

Zur ersten Vermutung

Nicht nur Männer in Sozialen Brennpunkten "ordnen die Sozialarbeit dem Frauenbereich zu", Sozialarbeit ist "Frauenarbeit", selbst da, wo sie von Männern gemacht wird, denn: Sozialarbeit setzt überall da ein, wo Frauen "versagen", der ihnen im Patriarchat zugewiesenen Rolle nicht (mehr) gerecht werden können oder wollen. Deshalb lassen sie sich auch leichter ansprechen, denn Kindererziehung, Familienarbeit, Pflegeaufgaben, Ämterkontakte und auch Stadtteilarbeit im Sinne von Engagement für entsprechende Infrastruktureinrichtungen sind ihre Arbeitsaufgaben, die sie unbezahlt verrichten. Die SozialarbeiterInnen, die dafür bezahlt werden, tun nichts anderes, als sie dabei zu unterstützen oder zu ersetzen - je nach Arbeitsgebiet und Arbeitsauffassung der Fachkraft. Daß Sozialarbeit nicht anerkannt wird, hat in der Tat damit zu tun, daß Frauenarbeit un(ter)bezahlt und unterbewertet wird, ja oft nicht einmal wahrgenommen wird.

Zur zweiten Vermutung

Wie oben ausgeführt gibt es nicht bloß im Brennpunkt eine eindeutige geschlechtsspezifische Arbeitsteilung. Die Rigidität der Rollentrennung ist nur nach Schicht unterschiedlich stark.

Zur dritten Vermutung

Die Beschreibung des geringen Selbstwertgefühls der Männer in Brennpunkten ist sicher erst einmal zutreffend. Nur, was sagt sie uns?

Daß man(n) über Familienarbeit keine Bestätigung bekommt, kann ich verstehen - es geht inzwischen auch vielen Frauen so ...



Keine Chance, mit dem Haushalt fertigzuwerden, wenn man(n) plötzlich so allein dasteht...

Foto: Hervé Mailler

Zur vierten Vermutung

Sicherlich ist es richtig, geringe Konfliktfähigkeit und Selbstwertgefühl als Ursache von Mackergehabe festzustellen. Der Satz "Gewalttätigkeit in der Familie als Ausdruck von Hilflosigkeit" legt aber nahe, daß man prügelnde oder vergewaltigende Männer eher bedauern als verurteilen sollte. Für mich bleiben aber Gewalttätigkeiten trotz der Ursachen patriarchale Machtdemonstrationen, und ich würde mir sehr wünschen, daß viele meiner männlichen Kollegen die inzwischen existierenden Initiativen von Männern gegen Gewalt gegen Frauen und Kinder unterstützten.

Zur fünften Vermutung

In der Tat gibt es unterschiedliche Gruppen von Männern. Aber warum arbeiten denn die männlichen Sozialarbeiter nicht schon lange (wie viele Frauen mit Frauen) an ihren Gemeinsamkeiten und Unterschieden? Machen sich Gedanken zu einer wünschenswerten männlichen Identität? Es fällt doch in Wirklichkeit sehr schwer, sich mit den Geschlechtsgenossen in den Brennpunkten zu identifizieren, was ja auch heißt, sich im Gleichsein als Mann wiederzuerkennen. Überhaupt fällt es Männern schwer, sich mit ihren Problemen zu beschäftigen. Unterteilt doch mal die Männer nicht nach Arbeit oder Arbeitslosigkeit oder Alter, sondern nach solchen, die einer Männergruppenarbeit gegen das Patriarchat zugänglich wären. Da finden sich dann - nicht nur auf Seiten der Brennpunktmänner - ganz wenige ... und das hat mit Macht und Privilegien zu tun, die man nicht abgeben will.

Zur sechsten Vermutung

Ich finde es gut, wenn Sozialarbeit das Selbstbewußtsein von Frauen aufbaut. Auch dann, wenn

sie sich trauen, sich aus beengenden familiären Verhältnissen zu lösen. Ihr suggeriert aber in der Vermutung, daß die Frauen an Ehetrennungen schuld sind. In Wirklichkeit kommen die Spannungen in den Familien doch erstmal als Folge von Not und schwierigen Lebensbedingungen. Nach meiner Erfahrung gehen die Frauen nur dann, wenn die Männer sie im Umgang damit alleine lassen und/oder in ihrer Entfaltung behindern.

Es gäbe noch vieles zu sagen. So wäre es an der Zeit, daß die männlichen Kollegen die Plätze bei der Öffentlichkeitsarbeit, der Projektleitung usw. den Frauen überlassen und sich mal der Beziehungs- und Gruppenarbeit widmen.

Auch wir haben die Erfahrung gemacht, daß es für Frauengruppen günstig ist, wenn parallel Männergruppen bestehen. Woran es jedoch gänzlich fehlt ist eine Zielsetzung für Männerarbeit, die mal definiert, in was denn die Emanzipation der Männer bestehen soll, auf die die Sozialarbeiter dann hinwirken sollten.

Wie geht denn Sozialarbeit als Männersache?

Und zum Schluß: daß die Sozialarbeit so viel für die Frauen tun soll, halte ich für ein Gerücht. Sie beschäftigt sich doch in erster Linie mit dem vielzitierten Wohl des Kindes und hat in diesen und anderen Zusammenhängen viel mit den Müttern zu tun. So sind die Fälle, wo das Selbstbewußtsein der Frauen durch die SozialarbeiterInnen und deren Arbeit als "Obermütter" und als Kontroll- und Disziplinierungsinstanzen weiter untergraben wird, immer noch der Normalfall.

Vielleicht findet sich mal eine Gelegenheit, wo wir darüber diskutieren können.

Bis dann herzliche Grüße

Anne Rösgen

Konzeption der Arbeit mit Kindern in der BSF

Zweiter Teil: Die Arbeit mit Schulkindern

Bei der Hausaufgabenbetreuung der Mädchen und Jungen im Alter von sechs bis elf Jahren spiegelt sich der gesamte Komplex schulischen Lernens und der damit verbundenen individuellen und institutionellen Probleme wieder.

Auch heute noch ist die Schulwirklichkeit mehr oder weniger stark getrennt vom realen Leben der SchülerInnen und Erwachsenen. Das führt selbstverständlich zu vielfältigen Konflikten: die Entwicklungsabsichten der Kinder geraten in Widerspruch mit der Stofffülle, der mangelnden Berücksichtigung ihrer Individualität im Klassenverband und den weitgehend formalisierten Leistungsanforderungen (Stichwort: Zensuren und Versetzungen). Die gemeinsame Lösung von Lernaufgaben (auch der Grundsatz: der/die "Stärkere" hilft dem/der "Schwächeren") tritt meist zurück hinter Konkurrenz und Auslese. Der feste Kanon von Unterrichtsfächern zerstört den Zusammenhang der Welt und erschwert die soziale Öffnung des Unterrichts für Probleme des Stadtteils, der Region, der natürlichen Umwelt usw.

Auf die Schwankungen im kindlichen Entwicklungstempo, die notwendigen Irrwege und Umwege kann nicht zuletzt wegen der zu großen Klassen von Seiten der LehrerInnen nur begrenzt eingegangen werden. Alles dies und vieles mehr bringt wichtige Motivationsverluste bei unseren Kindern hervor, so daß für sie die Schule oft zum Zwang wird, und sie häufig und zu Recht meinen, sie würden für die Schule aber nicht für ihr Leben lernen.

Trifft die oben formulierte Kritik an schulischem Lernen und die damit verbundenen Schwierigkeiten alle Schüler, so stellen sich unse-

ren Kindern eine Fülle weiterer Probleme.

So dürfte ein direkter Zusammenhang zwischen der materiellen Situation der Eltern, den Lebens- und Familienverhältnissen, der Wohnungs- und Arbeitssituation der Eltern, der Kindererziehung und den vermittelten Werthaltungen und Verhaltensweisen bestehen. Die elterlichen Sanktionen haben nicht selten physischen Charakter, die emotionale Einstellung zum Kind ist zum Teil widersprüchlich und distanziert. Es ist häufig von Seiten der Eltern eine eher geringe Erwartung an Leistung und Selbständigkeit der Kinder zu beobachten. Ein starkes Beschneiden der kindlichen Entscheidungsspielräume hemmt oft ein offensives, die Umwelt erkundendes Verhalten. Daher ist bei unseren Kindern in vielen Fällen ein geringes Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten festzustellen, ein schnelles Aufgeben schon beim ersten Scheitern und oft die aggressive Weigerung, einen neuen Anlauf zu wagen: "Ich kann das sowieso nicht!"

Angesichts dieser knappen Situationsbeschreibung besteht für die ErzieherInnen/PädagogInnen in der BSF die Hauptanforderung nicht darin, für den reibungslosen Ablauf der Hausaufgabenführung zu sorgen, sozusagen als verlängerter Arm der Schule zu wirken. Das heißt aber nicht, daß auf die konkrete Aneignung von Wissen und Können keinen Wert gelegt wird. Allerdings wird versucht, einem von der Lebenslage der Kinder abgehobenen, streng geregelten, rein verstandesmäßigen Wissenserwerb im Rahmen vorgegebener Techniken entgegenzusteuern. Dabei bleibt jedoch der Widerspruch bestehen, daß unsere Arbeit von den LehrerInnen, den Eltern, zum Teil auch von den Kindern, ja auch von uns selbst erst dann als "erfolgreich" ein-

gestuft wird, wenn die Notenkurve ansteigt. Damit ist folgendes reales Problem angesprochen: Objektiv wie subjektiv stellt die Schule als gesellschaftliche Einrichtung eine unumgehbare Handlungsanforderung durchaus im Sinne einer Erweiterung von Handlungsfähigkeit dar, deren Bewältigung mitentscheidend für die Zukunft der Mädchen und Jungen ist. Von daher ist es nicht gleichgültig, wie sie mit diesem zentralen Aspekt ihrer Lebenswirklichkeit "fertig" werden.

Bei der Unterstützung der Lösung von Schwierigkeiten (nicht nur in der Schule) wird unsere **Konzeption von Gemeinwesenarbeit** (Einheit von subjektiven Entwicklungsmöglichkeiten und objektiven Lebensbedingungen) Praxis: d.h. sie umfaßt die Kooperation mit allen Arbeitsbereichen des Hauses und erleichtert die Kontakte zu anderen Familienmitgliedern (Geschwister und Eltern). Die Zusammenarbeit mit der Grundschule gehört ebenfalls als Unterstützungsmaßnahme zu unserem Aufgabenbereich, um auch hier die Alltagswirklichkeit unserer Kinder verständlich zu machen.

Da die Erfahrungen, Bedürfnisse und Interessen der Kinder der Ausgangspunkt unserer pädagogischen Arbeit sein müssen, legen wir den **Schwerpunkt auf die Neigungsgruppen**. Die Aktivitäten reichen vom Kochen und Werken über Sportangebote, Theater bis hin zur gezielten Mädchen- und Jungengruppe. Diese Neigungsgruppen wollen auf die besonderen Fähigkeiten und Interessen der Kinder eingehen und dazu beitragen, daß sie ihre eigene soziale, kulturelle, schulische und familiäre Situation besser verstehen, sie entsprechend ihren eigenen Interessen und Wünschen gestalten lernen und so selbstbewußter werden.

Zugleich versuchen wir, durch das Angebot neuer Erfahrungsräume, etwa im kreativen Umgang mit Farben und Materialien oder dem Aufschließen neuer Erlebnisräume etwa durch Freizeiten in fremder Umgebung, Exkursionen in verschiedene Bereiche der Arbeitswelt (Feuerwehr, Fabrik, Molkerei usw.) den Kindern die Möglich-

keit zu geben, sich neue Lernfelder und Interessen zu erschließen.

Für die Existenz der jeweiligen Neigungsgruppen ist ausschlaggebend, inwieweit sie an ein tatsächliches Bedürfnis der Kinder anknüpfen, sie ein Durchhaltevermögen entwickeln, um die Spannung zwischen Diskussion, Planung, Verbindlichkeit, Übung, Durchführung und Auswertung durchzustehen. Das Vorhaben, zum Beispiel einen Pummuckl als Laubsägearbeit zu werken, erfordert Ausdauer, weil er nicht an einem Nachmittag fertigzustellen ist, handwerkliche Fähigkeiten beim Ausschneiden, Toleranz gegenüber den eigenen Fähigkeiten, wenn etwas nicht sofort klappt, sowie Bereitschaft zur Kooperation bei der Unterstützung anderer Kinder.

Die gemeinsamen Projekte (sei es Kochen oder Theater) leben von der **sozialen Auseinandersetzungsfähigkeit**, vom solidarischen Handeln und dem individuellen Verantwortungsgefühl der Kinder. Dies beinhaltet das Durchhalten und Austragen von emotionalen Reibungen und Konflikten (z.B. die Lösung des Streits um "attraktive" Rollen).

Die Neigungsgruppen haben insgesamt also die Funktion, allgemeine und besondere Interessen, sachliche und soziale Fertigkeiten und Fähigkeiten aufzuspüren und weiterzuentwickeln und so - unterstützt von PädagogInnen - gemeinschaftlich-individuelles Verantwortungsbewußtsein und kooperatives Verhalten zu fördern.

Ein weiterer Aspekt unserer Arbeit, der sämtliche Bereiche durchzieht und charakterisiert, betrifft den Komplex der **interkulturellen Verständigung**. Der Anteil der Kinder ausländischer MitbürgerInnen ist beträchtlich (zur Zeit etwa 75%), wobei diese aus fünf Nationen kommen. Hier begegnen sich also nicht die Deutschen mit den ausländischen Kindern, sondern ein ganzer Komplex von nationalkulturellen Eigenheiten. Das erfordert einerseits Sensibilität im Umgang mit diesen Besonderheiten und andererseits Förderung der Bereitschaft der Kinder, sich mit ihnen auf verständnisvoller

und gleichberechtigter Grundlage auseinanderzusetzen, eine Bereitschaft, die im sozialen Umfeld der Kinder häufig nur wenig Unterstützung erfährt.

Das alles könnte nun den Eindruck erwecken, als wenn wir die Kinder von einer Aufgabe zur anderen "jagen" würden und auf diese Weise sich der von uns kritisierte "Entwicklungsstreß", dem die Kinder ausgesetzt sind, in der BSF fortsetzen würde. Aber das tun weder wir, noch die Kinder würden es sich gefallen lassen. Um jene vertrauensvolle Atmosphäre zu schaffen, in der Kinder ihre ganz persönlichen Erfahrungen,

Konflikte, Ängste und Wünsche äußern, bedarf es eines vielfältigen Angebots von Gesprächen, Ausflügen, Feiern, Wochenend- und Ferienfreizeiten (zum Teil mit dem Jugendbereich gemeinsam).

Eben weil die Kinder etwas leisten können, aber nicht müssen, weil sie hier relativ sanktionsfrei Neigungen und Interessen nachgehen können, deshalb wechselt auf häufig (für uns) verblüffende Weise Sich-Austoben und angestregtes Spielen, Herumalbern und sich freimütig Aussprechen. Hierin gründet sich auch das Engagement für die jeweilige Neigungsgruppe.

Das BSF-Kinder-Team



ZfF im Westerwald-Express unterwegs auf Betriebsausflug!

GEMEINWESENARBEIT

Thema des Treffens vom 19. Oktober 1988 im Wachsacker in Wiesbaden war die Zusammenarbeit verschiedener sozialer Einrichtungen im Stadtteil. Grundlage für die Diskussion war ein Erfahrungsbericht von Marei Hertel-Meshkati vom Schelmengraben in Wiesbaden.

Im Neubaugebiet Schelmengraben gibt es seit 1986 einen von der Stadt initiierten 'Projektverbund', wo sich monatlich die städtischen sozialen Einrichtungen, die freien Träger und die Kirchen treffen. In einem Papier beschreibt die Stadt zwei Interessen an diesem Projektverbund: einmal soll durch eine verstärkte Zusammenarbeit und klarere Absprachen die Einzelfallhilfe verbessert und abgestimmt werden, und zweitens soll insgesamt die Gemeinwesenentwicklung positiv beeinflusst werden durch den Aufbau sozialer Netze und Selbsthilfegruppen. Demgegenüber sieht die bisherige Praxis eher so aus, berichtet Marei, daß die Stadt versucht mit dem Projektverbund die freien Träger mehr einzubinden, um vorhandene Lücken in der sozialen Versorgung zu stopfen. So sollten z.B. die AGS und die Kirchen einspringen bei fehlenden Kindergartenplätzen - ohne entsprechende Zuwendungen. Dieses Spiel machen die freien Träger natürlich nicht mit. Auf der anderen Seite gibt dieser Projektverbund jedoch auch die Möglichkeit, sich mit anderen Einrichtungen auseinanderzusetzen, z.B. wenn die AGS die Frage stellt, wieso so viele arbeitslose Jugendliche zu ihr kommen und nicht mehr ins Jugendhaus gehen wollen. Eine gute Erfahrung ist auch aus dem Projektverbund die Möglichkeit, zusammen mit anderen Einrichtungen gezielte Vorhaben zu entwickeln. So hat z.B. die AGS mit der Erziehungsberatung eine Gruppe für alleinstehende Mütter aufgebaut. Weiter ist für die AGS gut, daß sie sich als kleiner freier Träger bei Konflikten mit der Stadt von den anderen im Projektverbund Rückendeckung geben lassen kann.

Die Diskussion in der AG GWA hat gezeigt, daß es in fast jedem Projekt einen mehr oder weniger großen Arbeitskreis, Stadtteilrunde oder wie sie alle heißen, gibt. Die meisten sind nicht offiziell von Seiten der Gemeinden eingerichtet, es sind freiwillige Gesprächskreise, an denen städtische Kollegen manchmal sogar nur als 'Privatpersonen' teilnehmen dürfen. D.h. wie immer in der GWA, es gibt keine allgemeingültigen Rezepte. Die Gestaltung solcher Arbeitskreise hängt ab von den örtlichen Bedingungen und den angestrebten Zielen.

chr.

JUGEND

Seit 1. Oktober 1988 ist Tom Müller, Sozialarbeiter und Musiker, als ABM-Kraft im Rockmobil beschäftigt und baut derzeit einen IAG-Musikschul-Ableger im südhessischen Raum auf.

Die Stiftung Deutsche Jugendmarke hat dazu - und mit Blick auf eine Erweiterung der Rockmobil-Aktivitäten in den nächsten Jahren - einen weiteren Transporter und weitere Musikgeräte finanziert. Mit Beginn 1989 können dann aller Voraussicht nach weitere Jugendclubs "musikpädagogisch" bedient werden. Die genauere Organisation wird dem-

nächst allen Jugendclubs mitgeteilt.

Rockmobilst Christof Mann versucht seit Anfang November, gemeinsam mit den Friedbergerger KollegInnen des Diakonischen Werks in deren Hausaufgabengruppen "Musikpädagogische Frühförderung" mit Kindern in die Wege zu bringen. Dies als Praxisvorlauf für eine für Ende 1989 ins Auge gefaßte Erweiterung der Rockmobil-Aktivitäten um diesen Bereich. Zur Zeit wird um eine personelle Ausweitung verhandelt und es sieht nicht schlecht aus ... Sobald genauere Angaben möglich sind, soll eine Abstimmung mit interessierten Spiel- und Lernstuben erfolgen.

Die Rockmobil-Bands "arbeiten zur Zeit im Tonstudio" und nehmen einige ihrer Lieder auf. Die KIDS aus Limburg haben mit ihrem Rockmobil-Stück den Anfang gemacht und ein richtig schönes Lied vorgelegt ...

Rockmobil ist ein wenig in das Workshop-Geschäft eingestiegen, sofern es die personellen und organisatorischen Möglichkeiten zulassen. Das bereits mehrfach erprobte Angebot: Wir machen einen Tag oder Nachmittag und Abend in der jeweiligen Einrichtung Musik mit Jugendlichen (Anfänger oder Fortgeschrittene oder beides), sämtliche Instrumente und der Musikchef werden von uns mitgebracht, dieser ordnet dann mit der Gruppe alle Töne zu einem Lied ...

Die Workshops kosten allerdings Geld. Sie wurden bisher insbesondere in Jugendzentren und in Mitarbeiterfortbildungen mit tollem Erfolg eingesetzt.

Das Jugendbildungswerk hat mit einer Mitarbeiter-Fortbildung zum Thema "Sexueller Mißbrauch von Kindern und Jugendlichen" sowie zwei Mädchen-Seminaren zu "Selbstbehauptung und Selbstverteidigung" die Saison 1988 weitgehend abgeschlossen. Die Fortbildung wurde durch Barbara Böcher vom Landesjugendamt ermöglicht und organisiert. Besten Dank nochmals!

Die AG Jugend hat sich am 15. Dezember 1988 in der Margaretenhütte Gedanken zur Jahresplanung 1989 gemacht und die bestehenden Wünsche der Jugendclubs nach Veranstaltungen und Themen aufgenommen.

Günter Pleiner

SPIEL- UND LERNSTUBEN

Datenschutz Behinderung oder Voraussetzung von Sozialarbeit?

Barbara Böcher vom Landesjugendamt hatte am 22. November 1988 die Spiel- und Lernstuben der Region Mitte zu einer Tagesveranstaltung zum Thema Datenschutz nach Marburg in die BSF eingeladen. Als Referenten hatte sie Prof. Klaus Onderka von der FHS Frankfurt und Günter Kaufmann gewonnen.

In seiner Einleitung erklärte Onderka, daß mit dem Volkszählungsurteil des Bundesverfassungsgerichts das Selbstbestimmungsrecht jedes Einzelnen über alle seine Daten als ein Grundrecht abgesichert worden ist. Das heißt personenbezogene Daten dürfen nur weitergegeben werden, wenn entweder die Betroffenen einverstanden sind, wenn es eine gesetzliche Grundlage gibt, oder wenn ein Notstand wie z.B. Kindesmißhandlung vorliegt.

In der Diskussion zeigte sich, daß diese klaren Grenzen, die der Datenschutz setzt in der Brennpunktarbeit oft nicht eingehalten werden. Es gibt eine Grauzone, in der oft recht unbekümmert mit Informationen über Klienten umgegangen wird. So wurde gesagt: "Wenn ich mich immer an den Datenschutz halten würde, dann könnte ich nicht mehr arbeiten, denn ich muß doch oft schnell und unbürokratisch für die Klienten etwas bei Kollegen abklären können". Datenschutz also als Behinderung unserer Arbeit? Dagegen sagt Onderka, daß eine vertrauliche Behandlung der Informationen von Klienten Voraussetzung ist, um mit Klienten arbeiten zu können. Hier stelle sich zugespitzt die Frage nach dem Selbstverständnis unserer Arbeit: wollen wir für die Klienten deren Probleme Regeln, oder wollen wir ihnen Hilfe zur Selbsthilfe oder Selbstbestimmung geben. Dies schließe jedoch den selbstbestimmten Umgang mit den eigenen Informationen ein. So stellt der Datenschutz auch die Frage nach unserer Arbeitskonzeption und regt uns an über unsere Arbeit nachzudenken. Verschiedene Beispiele zeigten, daß es oft vermeidbar ist Daten weiterzugeben, sei es daß der Datenaustausch gar nicht nötig ist, oder daß die Betroffenen es genau so gut selber regeln können.

Für die Region Süd der Spiel- und Lernstuben soll anfang 1989 eine Datenschutzveranstaltung stattfinden.

chr.

SOZIALHILFE

25 Mitglieder aus Sozialhilfegruppen aus den Städten Darmstadt, Frankfurt, Wiesbaden, Marburg, Seligenstadt, Raunheim und Rodgau trafen sich am letzten Wochenende im Oktober in der Kath. Familienferienstätte Hübingen im Westerwald, um einmal ausführlich über die Probleme, Schwierigkeiten, aber auch Erfolge in der Arbeit miteinander diskutieren zu können.

Durchgängiges Problem in allen Sozialhilfeinitiativen ist, daß die Arbeit in der Gruppe immer nur von einer kleinen Zahl von Aktiven getragen wird, während die Beratungsangebote für SozialhilfeempfängerInnen sich ständig steigender Nachfrage erfreuen. Von dem unverbindlichen "mal reinschauen" und sich schnell einen Rat holen hin zur aktiven Mitarbeit in der Gruppe ist es doch ein weiter Schritt.

Als Erfolge in der Arbeit wurden - wiederum übereinstimmend - die veränderten Umgangsweisen mit SozialhilfeempfängerInnen auf den Ämtern bezeichnet. Den in den Initiativen aktiv mitarbeitenden Betroffenen seien durch ihr Engagement und ihr Wissen über ihre Ansprüche sogar finanzielle Vorteile entstanden. "Wenn auch der große Erfolg in Sachen Veränderung des Bundessozialhilfegesetzes ausgeblieben ist, so haben die vielen kleinen Erfolge auf örtlicher Ebene doch einiges zur Verbesserung der Situation von SozialhilfeempfängerInnen beigetragen", faßte ein Teilnehmer die Diskussion an diesem Punkt zusammen.

Insgesamt hat das gemeinsame Wochenende den Zusammenhalt unter den Sozialhilfeinitiativen weiter gefestigt, wozu sicherlich auch das abendliche Freizeitprogramm seinen

Teil beigetragen hat. Der Wunsch nach einem weiteren Treffen dieser Art im nächsten Jahr war auf der Tagung unüberhörbar.

Die AG Sozialhilfe am 26. November in der Frauensteiner Straße in Wiesbaden stand dann ganz im Zeichen der Berichte über die Neuigkeiten in den verschiedenen Städten. So hat z.B. die Stadt Wiesbaden die Weihnachtsbeihilfe für SozialhilfeempfängerInnen auf DM 120,- erhöht (für Haushaltsvorstand oder Alleinstehende; Haushaltsangehörige erhalten DM 60,-). Daneben nahmen noch die Überlegungen zur inhaltlichen Arbeit der AG Sozialhilfe im nächsten Jahr einen breiten Raum in der Diskussion ein.

Lothar Stock

KURZNACHRICHTEN

Vom 29. bis zum 30. September 1988 fand in Darmstadt das 18. Darmstädter Werkbundgespräch mit dem Thema "Kein Dach über dem Kopf - Wohnungsnot in der BRD und Wege zu ihrer Überwindung" statt. Die Veranstaltung, die von der LAG auch mitunterstützt wurde, richtete sich an Architekten und im sozialen Bereich Tätige. Mit 16 Referaten (allg. Analysen, zur Situation alleinstehender Wohnungsloser, zur Sanierung von Siedlungen, zu Selbsthilfeprojekten und zu Ansätzen aus dem internationalen Bereich) war diese Tagung einfach überfrachtet. Interessante Praxisberichte wie aus Forchheim oder Offenburg konnten nicht weiter diskutiert werden, weil es dafür keine Zeit gab. Es scheint mittlerweile zum guten Ton zu gehören, daß nach jeder Veranstaltung eine Podiumsdiskussion stattzufinden hat. Leider ist es meist so, daß bei solchen "Diskussionen" die Redner ihre Meinungen nebeneinanderstellen, ohne daß es zu einem fruchtbaren Streitgespräch kommt. So endete auch das Werkbundgespräch. Die einzelnen interessanten Referate werden in einem Tagungsbericht herausgegeben.

chr.

Im Rahmen ihrer Haushaltsberatungen zum **Landeshaushalt 1989** haben die Koalitionsfraktionen der FDP und CDU im Hessischen Landtag beschlossen, die ursprünglich im Haushaltsentwurf **vorgesehene Kürzung** der Mittel für die Projektarbeit in Sozialen Brennpunkten von DM 175.000,- auf 50.000,- (festgelegt für die Straftentlassenenhilfe) zu **reduzieren**.

chr.

Kein LAG-Fasching dafür Fest im Sommer 1989. Da die meisten Projekte zu wenig Zeit haben um in der kurzen Zeit bis Aschermittwoch eine LAG-Fastnachtsitzung mit vorzubereiten, müssen wir darauf verzichten. Dafür soll im Sommer 1989 ein großes Bewohnerfest steigen, wo wir ein Riesenprogramm mit allen großen und kleinen LAG-Stars auf die Bühne bringen wollen.

Bernhard Horch ist auch zu einem späteren Zeitpunkt bereit eine Fastnachtssitzung zu organisieren.

B.H.

Unser Wahlspruch für 1989:
... ich habe es gelernt, die General-
linien zu sehen und Emotionen nur dann
zuzulassen, wenn sie dem Fortschritt
dienen ... (abgelauscht auf einer Sit-
zung eines Führungsgremiums einer lan-
desweit arbeitenden Gemeinschaft)

Lothar Stock wirbt in Tokyo für den Internationalen
Aktionstag der SozialhilfeempfängerInnen

生活保護の事情

西ドイツ

(立命館大学助教授)
木下 秀雄
ひで お



生活保護受給者団体のストック氏

私はまず、西ドイツの公私扶助協会の紹介でフランクフルトの社会局は、一を訪れ、話を聞きました。フランクフルト市の社会局は、八四八年にフランクフルト国民議会が開かれたことで有名なパウエル教会や、ラート・ハウス(旧市役所)、ゲーテの生家等とも近い旧市街地の中にあります。西ドイツでは、日本でいう生活保護と社会福祉サービスとは、連邦社

失業と外国人の流入で生活保護受給者が急増

昨年、西ドイツを訪れた際、社会福祉関係の行政機関や団体を見て回る機会がありました。そこで、垣間見えてきたフランクフルト市の社会福祉の実施のようすを書いてみようと思います。

Unser Rudi wurde 6
Unser Rudi - wie
wurde im Septemb
In unserer Sozic
ohne ihn wären
Er lähnt auf T
wo es drauf a
Nicht nur auf
ihn alle ger
Er ist ja n
er sieht ja
Nur an sei
sieht man
Obwohl e
es lang
Denn di

sie de
Wenn
zieh
Der
die
Ka
d
8

5!
 lich wahr -
 er 65 Jahr.
 hilfegruppe steht er seinen Mann,
 wir übel dran.
 agung - ist stets dabei -
 kommt, da red' er für zwei.
 Tagung - auch im Vorstand der LAG
 ne sehn.
 och kein altes Haus,
 z immer noch gut aus!
 nen Haaren, den weißen,
 die Jahre dahin schleichen.
 r es so oft vergibt,
 sam für ihn schwierig ist.
 ese Vorstandssitzungen dauern nicht nur
 bis um acht,
 uern fast immer bis spät in die Nacht.

er dann kommt spät nach Haus,
 t keiner ihm die Schuhe aus!
 r seine Freundinschlößt schon lang,
 z ist oft um ihren Rudi bang.
 ffee - schwarz! - der tut ihm schmecken,
 och der Löffel muß drin stecken.
 er trinkt ihn in großen Massen,
 oft ist es eine Karne - nicht nur Tassen.
 Rudi denkt dann nicht ans Herz,
 da ist ja auch bei ihm kein Schmerz.
 Jede Warnung wegen Rauchen bei ihm verpufft,
 auch wenn er nachher ringt nach Luft.
 So manche Mark er schmeißt in den Apparat,
 bis er wieder seine Giftstengel hat.
 So gäb es von ihm noch zu erzählen viele Sachen,
 doch will ich Schluß jetzt machen.
 Wir hoffen unser Rudi bleibt noch lange aktiv,
 denn sonst hängt die Sozialhilfegruppe schief.
 Denn wer sollen wir sonst auf alle Sitzungen
 schicken,
 wenn unser Rudi sich dort läßt nicht mehr
 blicken?

Der Vorstand und die Mitarbeiter
 der LAG wünschen Allen
 ein schönes Weihnachtsfest
 und ein gutes neues Jahr!
 Die Geschäftsstelle bleibt
 vom 27. bis zum 30. Dezember zu!

Dies schreiben Dir Deine Darmstädter mit den
 besten Wünschen für noch viele angenehme und
 glückliche Jahre und wunderschöne Urlaubs-
 fahrten im "Unruhestand"!
 (Das Gedicht wurde in der Hauptsache von Helga
 verfaßt und zwar morgens um fünf Uhr: "Da hab
 ich noch Ruh!")

TERMINE

27. - 30. Dezember 1988	Geschäftsstelle der LAG nicht in Betrieb
13. - 15. Januar 1989	Treffen der Arbeitsloseninitiativen in Saarbrücken
19. Januar 1989	AG Jugend
19. Januar 1989	Wie mache ich den Verwendungsnachweis? Geschäftsstelle Ffm.
21. Januar 1989	AG Sozialhilfe, 14 Uhr Ffm.
27. Januar 1989	Streitgespräch Rösgen / Ostner
27. - 29. Januar 1989	Bundesweites Sozialhilfetreffen in Diemerstein
3. - 5. Februar 1989	Kooperationstagung LAG/Burckardthaus: Rolle und Funktion von SozialarbeiterInnen in Sozialhilfegruppen
6. Februar 1989	Rosenmontag
9. Februar 1989	AG GWA, 13 Uhr Geschäftsstelle Ffm.
15. Februar 1989	Beginn der Veranstaltungsreihe vom Sozialhilfeverein Raunheim in Zusammenarbeit mit der VHS, 20 Uhr
15. / 16. Februar 1989	Fortbildung für HzA-Anleiter und Sozialpädagogen
16. Februar 1989	AG Jugend
18. Februar 1989	AG Sozialhilfe
21. Februar 1989	Fachgruppe Geschäftsführer in Ausbildungs- und Beschäftigungsprojekten
26. Februar 1989	AG Jugend Praxisfortbildung in Kooperation mit BSJ e.V.; Wintersportaktivitäten
27. Februar - 3. März 1989	Bildungsurlaub für TeilnehmerInnen am HzA-Programm in Offenbach

Herausgeber: Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen e.V.
Moselstr. 25, 6000 Frankfurt am Main, Tel. 069 / 25 00 38

Redaktion: Christoph Rüsck

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der
Herausgeber wieder.